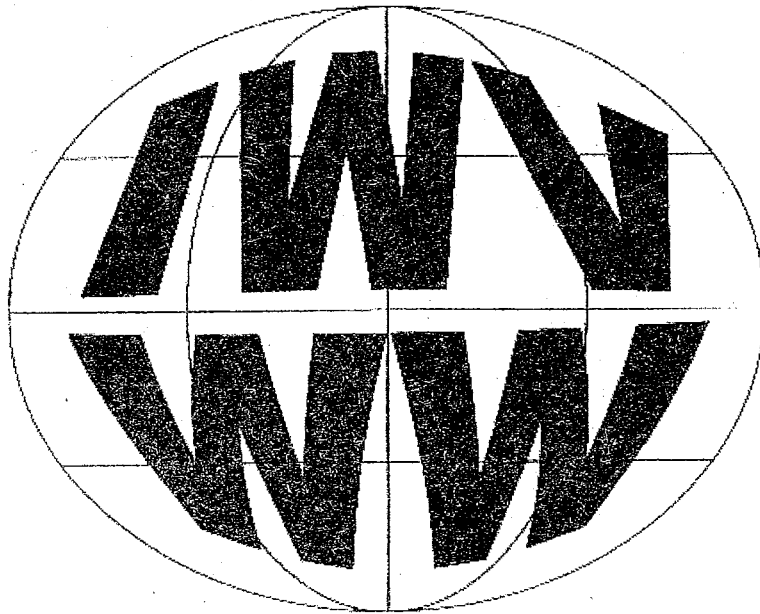


# Berichte

Januar-März 2015



## Die DDR-Wende aus wirtschaftshistorischer Sicht

Forschungsinstitut  
der

Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung  
Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWVWW) e. V.

## Autorenverzeichnis

- Veit Damm Dr., Universität des Saarlandes, wiss. Mitarbeiter, Saarbrücken
- Margrit Grabas Prof. Dr., Universität des Saarlandes; Vorstandsvorsitzende der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik Berlin e.V., Saarbrücken
- Oleg Klimenko Dr., Historiker, Ternopil
- Wilfried TrillenberG Dr., Dr. h. c., Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik Berlin e.V., Direktor, Berlin

---

## Impressum

Forschungsinstitut der IWVWW e.V.

Waltersdorfer Straße 51, 12526 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Direktor und Chefredakteur: Dr. Dr. h. c. Wilfried TrillenberG

Postfach für Briefpost: 79 02 40, 13015 Berlin

eMail: [fo1.iwvww@yahoo.de](mailto:fo1.iwvww@yahoo.de)

Internet: <http://www.iwvww.de>; <http://www.arGe-institute.de>; <http://dnb.d-nb.de> (Deutsche Nationalbibliothek / Kataloge und Sammlungen/Online-Katalog: IWVWW oder Name der jeweils gewünschten Persönlichkeit der IWVWW, - Autor, Herausgeber)

Bankverbindung des Forschungsinstituts bei der Berliner Sparkasse:

Empfänger: IWVWW; IBAN: DE35 1005 0000 1653 5301 00; SWIFT-BIC: BELADEBEXXX

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Forschungsinstitutes übereinstimmen. Alle Rechte vorbehalten. Eine Verbreitung bzw. Vervielfältigung der Beiträge ist nur mit Genehmigung des Institutes gestattet.

Bestellung der Berichte über: Forschungsinstitut der IWVWW e.V., Waltersdorfer Straße 51, 12526 Berlin, oder per eMail: [fo1.iwvww@yahoo.de](mailto:fo1.iwvww@yahoo.de)

Einzelheft Preis: 9,00 € (incl. Versand)

Jahresabonnement (4 Hefte): 38,68 € (incl. Versand)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Berichte: 26. Februar 2015

**Januar-März 2015**

**Seite**

Vorwort

Autorenverzeichnis

**Inhaltsverzeichnis**

***Die DDR-Wende aus wirtschaftshistorischer Sicht***

**Der 9. November 1989 – historischer Zufall oder Zwangsläufigkeit? 2**  
**Einige Überlegungen zum Ende der DDR aus wirtschaftshistorischer**  
**Sicht (Margrit Grabas)**

**Vor der "Wende". Ostdeutsche Betriebe und die globalen ökonomi- 22**  
**schen Wandlungsprozesse der 1970er und 1980er Jahre (Veit Damm)**

**Lokales und privates Notgeld von Galizien im Ersten Weltkrieg (1914- 31**  
**1918) (Oleg Klimenko, Wilfried Trillenberg)**

**Dokumentation 44**  
Amnesty International Report 2014/2015 (Auszüge)

**Publikationen aus dem Forschungsinstitut der IWWWW mit Ukraine- 52**  
**Bezug im Jahr 2014**

**Verzeichnis der Publikationen der IWWWW bis 2014, aufgeführt im 58**  
**Katalog der Deutschen Nationalbibliothek**

**Vorankündigung**

Jahreskonferenz der IWWWW am 6. November 2015 in Berlin in den Räumlichkeiten der Humboldt Universität.

Der Vorstand der IWWWW bittet alle Mitglieder und Freunde der IWWWW sowie interessierte Mitbürger zu Fragen der Weltpolitik und Weltwirtschaft sich diesen Termin vorzumerken. Zeit, Raum und inhaltliche Schwerpunkte werden in den folgenden BERICHTEN dargestellt.

## Margrit Grabas

### Der 9. November 1989 – historischer Zufall oder Zwangsläufigkeit? Einige Überlegungen zum Ende der DDR aus wirtschaftshistorischer Sicht

#### I. Einleitung

Im August 1991 konnte man in einem "Spiegel"-Interview mit dem ehemaligen Sekretär für Wirtschaftsfragen der DDR – Günter Mittag – folgenden Satz lesen: "Ohne Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht (mehr) überlebensfähig war." [1]

Eine solche Prognose von einem ostdeutschen Politiker wäre zwei Jahrzehnte zuvor kaum denkbar gewesen: Ungeachtet aller sozioökonomischen Probleme, mit denen der zweite deutsche Staat aufgrund seiner Einbindung in das sowjetische Imperium und der damit verbundenen Installierung des Zentralverwaltungssystems seit seiner Gründung in wechselnder Intensität konfrontiert war, zeichnete sich die Volkswirtschaft der DDR während der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts durch eine relative Stabilität aus [2], und durchlief sie ähnliche Modernisierungsprozesse wie andere west- und mitteleuropäische Industriestaaten auch. [3]

Am Ende der 1980er Jahre hatte sich das Bild allerdings gewandelt. [4] Zählte der ostdeutsche Staat während der späten 1960er Jahre noch zu den zehn führenden Industrienationen der Welt, so stand er zwei Jahrzehnte später vor dem totalen ökonomischen und ökologischen Ruin. Als die DDR mit Wirkung vom 1. Juli 1990 der Währungs- und Sozialunion beitrug, betrug ihr Entwicklungsgefälle zur Bundesrepublik unter sozialökonomischem Aspekt 25 Jahre! [5] Das ganze Ausmaß der daraus resultierenden sozioökonomischen Desintegration zeigte sich aber erst nach dem Wirksamwerden der Mitte 1990 eingeleiteten Transformationsprozesse des Zentralverwaltungssystems. Infolge des Anpassungsdrucks an die veränderten institutionellen Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung begann die ostdeutsche Volkswirtschaft förmlich zu kollabieren: Bis September 1990 fiel die industrielle Warenproduktion in nur drei Monaten auf knapp 50 Prozent und im Verlaufe der folgenden zwei Jahre auf ein Drittel ihres Ausgangsniveaus im Jahre 1989! [6]

Einen ähnlich dramatischen Produktionseinbruch kennt die moderne Wirtschaftsgeschichte nur aus Kriegszeiten! Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft war begleitet von einem ebenso dramatischen Beschäftigungsabbau: Vor dem Fall der Mauer war die DDR ein Land mit einer der höchsten Erwerbsquoten der Welt; die Erwerbstätigenzahl betrug 9,3 Mio. Menschen. 1992, dem Jahr des Tiefpunktes der Transformationskrise, hatte sich die Zahl um mehr als drei Millionen, nämlich auf 6,1 Millionen Menschen verringert. [7]

Vor dem Hintergrund dieser Krisenszenarien soll im Folgenden der Mauerfall am 9. November 1989, der offensichtlich auf die vorhandenen Wirtschaftsstrukturen im Sinne von Ragnar Frisch wie ein exogener Schock gewirkt hat [8], aus wirtschaftshistorischer Sicht hinterfragt werden. Dabei wird der Mauerfall am 9. November 1989 als Schlusspunkt eines kumulativen Prozesses begriffen, der seine explosive Kraft letztlich aus dem Zusammenfließen und Aufeinanderwirken unzähliger Einzelentwicklungen erhalten hat. Diese Einzelentwicklungen waren in allen Bereichen der Gesellschaft beobachtbar und resultierten letztlich aus der Erschöpfung eines während der 1950er Jahre herausgebildeten gesellschaftlichen Steuerungsmechanismus, der für einen gewissen Zeitraum zur relativen Stabilisierung der DDR beigetragen hatte. Vergegenwärtigt man sich die Art und Weise, wie sich der ostdeutsche Staat ausgelöscht hat – ohne großen Widerstand, ohne dramatische Gegenbewegung und mit einer Selbstverständlichkeit, als hätte es 40 Jahre versucht Sozialismus nie gegeben –, dann spricht Vieles dafür, dass der Auflösungsprozess der DDR tatsächlich schon lange vor dem Fall der Mauer eingesetzt haben dürfte. Das Ende der DDR – so die hier aufgestellte *These* – lässt sich insofern als ein Ergebnis dynamischer Wechselwirkungen von historischen Zufallsereignissen und ökonomischer Zwangsläufigkeit interpretieren: Waren die zum Mauerfall führenden politischen Destabilisierungsfaktoren historisch singulärer und kurzfristiger, damit aber aus ökonomischer Sicht eher zufälliger Art, so die sozioökonomischen Stagnationsprozesse und Probleme stattdessen das Resultat eines seit den 1970er Jahren unbewältigten volkswirtschaftlichen Strukturwandels, der – zunehmend und mit eherner Zwangsläufigkeit – die materiellen Fundamente des ostdeutschen Staates aufgeweicht hat.

Zur Veranschaulichung dieser These wird in *drei* Schritten vorgegangen: Zunächst und knapp sollen prägnante politische Destabilisierungsfaktoren benannt werden. Danach werden ausgewählte Facetten des krisenhaften Strukturwandels, insbesondere für die 1980er Jahre, skizziert. Abschließend werden einige aus der Wechselwirkung zwischen politischen und ökonomischen Faktoren resultierende Folgewirkungen hinsichtlich ihrer Bedeutung für das Ende der DDR diskutiert.

## II. Prägnante politische Destabilisierungsfaktoren

Die letztlich in den Mauerfall mündenden politischen Destabilisierungsfaktoren, die in der einschlägigen Forschungsliteratur in der Zwischenzeit ausführlich – wenngleich durchaus mit partiell unterschiedlicher Gewichtung – analysiert und dokumentiert worden sind [9], lassen sich zwecks besserer Differenzierung nach externen und internen Faktoren klassifizieren:

Die prägnantesten *externen*, also außerhalb der DDR liegenden Faktoren bestanden m.E. erstens im Helsinki-Abkommen von 1976, das die DDR im Interesse ihrer internationalen Anerkennung verpflichtete, innenpolitisch weitgehend im Rahmen der rechtlichen Legalität zu verbleiben. Damit war einerseits für Ausreisewillige ein Rahmen geschaffen, auf der Grundlage von Gesetzen aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen zu werden, andererseits aber die Repressionen gegenüber der sich seit 1982 formierenden Opposition zu reduzieren. Exit und Voice – nach Albert O. Hirschman zwei grundsätzliche gesellschaftliche Destabilisierungsfaktoren [10] – konnten auf diese Weise schon lange vor dem Mauerfall gesell-

schaftliche Erosionskräfte entfalten. Ein zweites, nach meiner Auffassung das bedeutsamste Ereignis, war die Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU im Sommer 1985. Durch seine Politik von Perestroika und Glasnost, also von Umgestaltung und Transparenz, verringerte sich der Druck auf Moskaus osteuropäische Satellitenstaaten, so dass der Ostblock seine innere Kohärenz zu verlieren begann und entstehende außenpolitische Disparitäten zur Beschleunigung der jeweiligen nationalen Zusammenbruchsprozesse führten. [11] Ein drittes Ereignis und unmittelbar aus dem Aufweichungsprozess des Sowjetimperiums resultierend, war der am 2. Mai 1989 einsetzende Abbau der ungarischen Grenzbefestigungen zu Österreich, der den Rahmen für den Massenexodus der DDR-Bevölkerung seit September 1989 bildete. Viertens schließlich besaß auch die chinesische Demonstration vom 4. Mai 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens, die am 3. und 4. Juni blutig beendet wurde, eine das politische System der DDR destabilisierende Wirkung. Die von Seiten der ostdeutschen Regierung erfolgte offizielle Akzeptanz der chinesischen Repression hat wesentlich zur Vertiefung der bereits vorhandenen Vertrauenskrise beigetragen.

Damit ist bereits ein entscheidender *interner* politischer Destabilisierungsfaktor genannt: Im Unterschied zu den ostdeutschen Nachbarstaaten, wie vor allem zu Polen und zu Ungarn, hatte sich die Politbüroführung unter Erich Honecker der partiell stattfindenden osteuropäischen Reformbewegung vehement verschlossen. Sichtbarster Ausdruck hierfür war die immer offenkundiger werdende Abgrenzung zum Reformkurs Gorbatschows, die mit dem Verbot der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" im Herbst 1988 einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Ein zweites internes Ereignis war dann die Fälschung der Kommunalwahlergebnisse vom Mai 1989, die einerseits wesentlich zum Anschwellen der Oppositionsgruppen, andererseits aber zu der Ausreisebewegung beigetragen hatte. Ein dritter nicht ökonomischer Faktor war schließlich die realitätsfremde Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR, die ungeachtet aller bereits vorhandenen politischen und sozio-ökonomischen Konfliktpotentiale mit großem Pomp erfolgt waren. Die seit Ende September 1989 regelmäßig stattfindenden "Leipziger Montagsdemos" schwollen dadurch immer heftiger an und übten demzufolge einen immer größeren Druck auf die Parteiführung aus, endlich eine gesellschaftliche Liberalisierung einzuleiten. Am 16. Oktober 1989 betrug die Anzahl der Demonstrationsteilnehmer immerhin 100.000 – bis zu diesem Zeitpunkt hatte das ostdeutsche Politbüro geglaubt, in Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit durch die Beseitigung des oppositionellen Kerns die innenpolitische Stabilität der DDR wiederherstellen zu können. Nunmehr war hingegen klar, dass zur Bewältigung der schweren Systemkrise andere Wege beschritten werden mussten: Am 17. Oktober wurde Erich Honecker, zusammen mit Günter Mittag und einigen anderen, aus dem Politbüro ausgeschlossen und Egon Krenz nur einen Tag später zum neuen Generalsekretär der SED gekürt.

Doch die neue Parteiführung, die sich letztlich weitgehend aus den alten Stalinisten rekrutierte, war unfähig, einen wirklichen Neuanfang in die Wege zu leiten. Irritiert und orientierungslos wurde sie von der Dynamik der Ereignisse überrannt: Die republikweit allwöchentlich organisierten Protestaktivitäten erhielten immer größeren Zulauf, bis sie am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz mit einer halben Million Menschen ihren Höhepunkt erreichten. Weil das Politbüro über keinerlei alternative ökonomische Handlungsspielräume verfügte, der hoffungsvoll und mit neuem Selbstbewusstsein in die Zukunft blickenden ost-

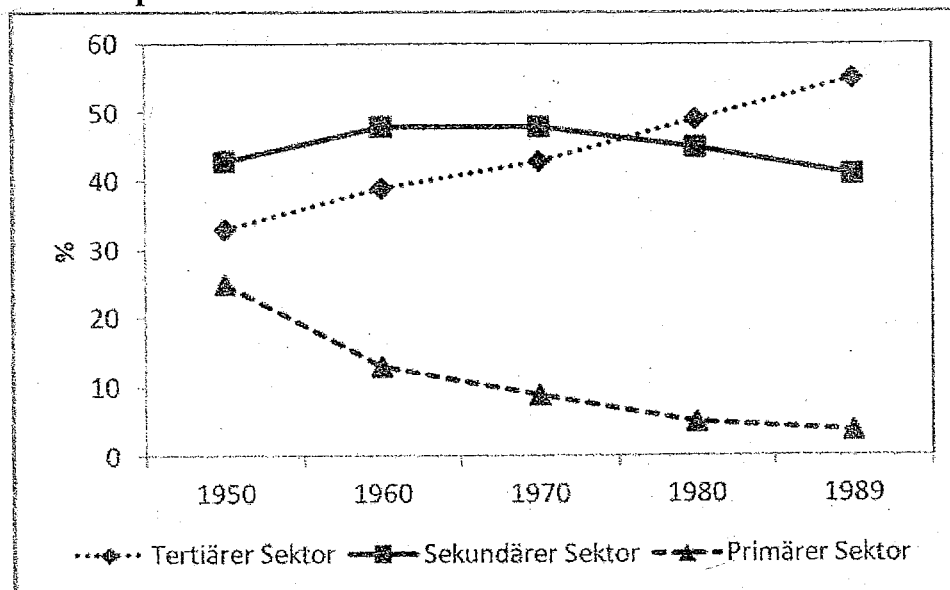
deutschen Bevölkerung die jahrzehntelang aufgestauten Wünsche, Träume und Sehnsüchte durch eine Angleichung an das westliche Lebensniveau zu erfüllen, blieb ihr nur eine einzige Lösung: die Öffnung der Mauer – der erste Schritt zur deutsch-deutschen Vereinigung! Was die Bürgerbewegungen nicht wussten oder aber verdrängten, war dem Politbüro und nicht zuletzt dem Ministerium für Staatssicherheit zur bitteren Erkenntnis gereift [12]: auf den brüchigen Fundamenten einer sozioökonomisch und ökologisch angeschlagenen Gesellschaft ließ sich keine "neue" DDR errichten. Die DDR war 1989 wirtschaftlich kaum noch überlebensfähig. Hintergrund bildete ein zunehmend sich krisenhaft gestaltender Strukturwandel und ein dramatischer Anstieg des Zahlungsbilanzdefizits.

### **III. Der Strukturwandel bleibt aus – blockierte Modernisierungsdynamik unter dem Einfluss von Rezentralisierung und Ölpreisschocks**

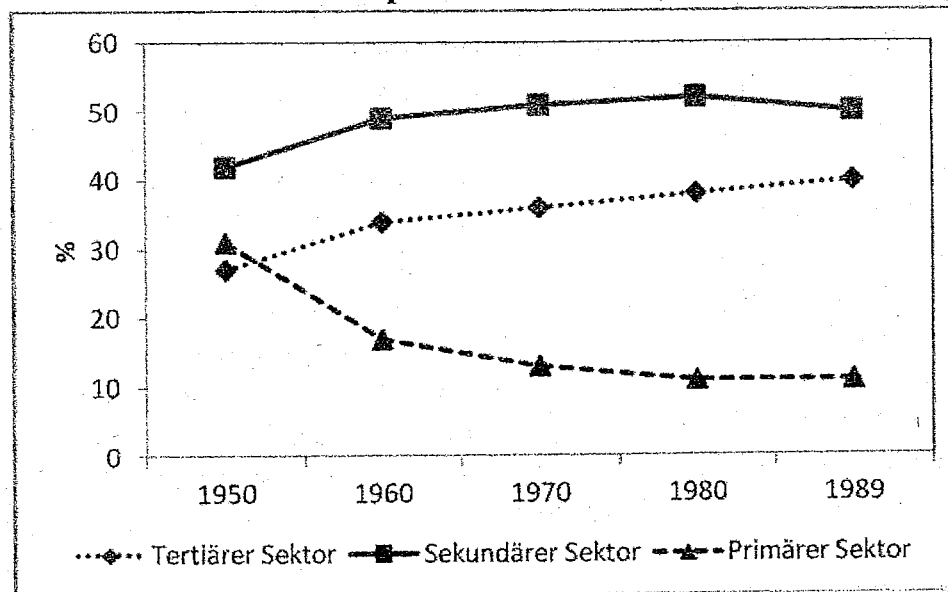
Mit Hilfe eines Schaubildes zur Entwicklung der sektoralen Beschäftigungsanteile in beiden deutschen Volkswirtschaften (Abb. 1) soll zunächst der volkswirtschaftliche Strukturwandel der DDR im Vergleich zu jenem in der Bundesrepublik Deutschland auf hochaggregierter Ebene betrachtet und bewertet werden. [13] Deutlich erkennbar sind zwei voneinander abgrenzbare Entwicklungsperioden, auf die einleitend bereits verwiesen wurde: Während des Europäischen Nachkriegsbooms vollzog sich – ungeachtet differierender Schwerpunktsetzungen des Wirtschaftswachstums und ordnungspolitischer Grundlagen – in beiden deutschen Teilstaaten im Wesentlichen ein ähnlich dynamischer Wandel zwischen den drei Kernsektoren, der unter Ausnutzung des historisch gewachsenen *gesamtdeutschen* Innovations- und Fähigkeitspotentials zu rasanter Deagrarisierung, rapider Industrialisierung und zunehmender Tertiarisierung geführt hat. [14] Spätestens seit Beginn der 1970er Jahre klafften hingegen die Entwicklungen auseinander. Dies war der Zeitraum, in dem in allen damaligen Industrieländern unter dem Einfluss veränderter Zugriffsmöglichkeiten zu den wachstumsrelevanten Energie- und Rohstoffressourcen einerseits, gewandelter Sozialmilieus und Lebensansprüche der Menschen andererseits innovative Restrukturierungs- bzw. Anpassungsprozesse an eine sich auskonturierende Dienstleistungsgesellschaft auf der Tagesordnung standen. [15] Während die Bundesrepublik durch einen kräftigen Tertiarisierungsschub bei gleichzeitigem Schrumpfen des sekundären Sektors offensichtlich – zumindest unter quantitativem Aspekt – den damaligen Herausforderungen weitgehend entsprach, scheiterte die DDR an der Gestaltung des Strukturwandels, des Übergangs zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft.

Abb. 1: Entwicklung der Beschäftigtenzahl nach Wirtschaftssektoren im geteilten Deutschland 1950-1989 (in Prozent)

### Bundesrepublik Deutschland



### Deutsche Demokratische Republik



Dargestellt nach Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1998, S. 118.

Waren in Westdeutschland 1989 55 % aller Erwerbstätigen bereits im Bereich Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung und anderer Dienstleistungen beschäftigt, so im Unterschied dazu in der DDR lediglich etwa 40 %. Umgekehrt war die sektorale Struktur der ostdeutschen Wirtschaft am Ende der 1980er Jahre nach wie vor – wie schon zu Beginn der 1960er Jahre – mit einem Beschäftigungsanteil von 50 % primär durch den sekundären Sektor geprägt, wohingegen in der Bundesrepublik 1989 nur noch knapp 41 % der Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt waren. Hatte die Industrieproduktion ihre herausragende Bedeutung für die volkswirtschaftliche Wertschöpfung in Westdeutschland spätestens seit 1975 verloren, so war in Ostdeutschland stattdessen der Industrialisierungsprozess sogar bis Anfang der



1980er Jahre weiter forciert worden, um erst von diesem Zeitpunkt an zu stagnieren bzw. leicht rückläufig zu werden. Auch die Landwirtschaft war in beiden Teilstaaten seit dem Auslaufen der Nachkriegsprosperität durch unterschiedliche Modernisierungsdynamiken gekennzeichnet: 11 % aller Erwerbstätigen waren am Ende der Geschichte der DDR immer noch mit der Erzeugung von agraren Produkten beschäftigt, in der Bundesrepublik jedoch nur noch knapp 4 %. Das Zentralverwaltungssystem hat demnach bedeutend langsamer und vor allem schwerfälliger auf Veränderungen der volkswirtschaftlichen Nachfrage reagiert als das marktwirtschaftliche System: Weder lässt sich ein durchgreifender Wechsel im Investitionsmuster feststellen, um die bereits während der Reformära richtig erkannte Notwendigkeit eines Übergangs zu einem Rationalisierungswachstum zu realisieren, noch konnte die Nachfrage nach modernisierungsrelevanten Dienstleistungen befriedigt werden. Die Defizite im Kredit- und Versicherungsgewerbe, im Rechtswesen, im Gastgewerbe sowie in der Rechts- und Wirtschaftsberatung einerseits, die Defizite bei der Entwicklung und Anwendung von Rationalisierungsinvestitionen andererseits waren es denn auch, die eine wichtige Bestimmungskomponente sich allseits in der Wirtschaft ausbreitender Depressionsspiralen darstellen. Während der 1980er Jahre dominierten zunehmend alte, uneffiziente und dadurch die Umwelt schädigende Produktionsprozesse, die immer weniger in der Lage waren, komparative Kostenvorteile auf westlichen Märkten zu erzielen und den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Ostdeutschland besaß im Jahr der Wiedervereinigung eine volkswirtschaftliche Struktur, wie sie für Westdeutschland im Jahre 1965 typisch war! [16]

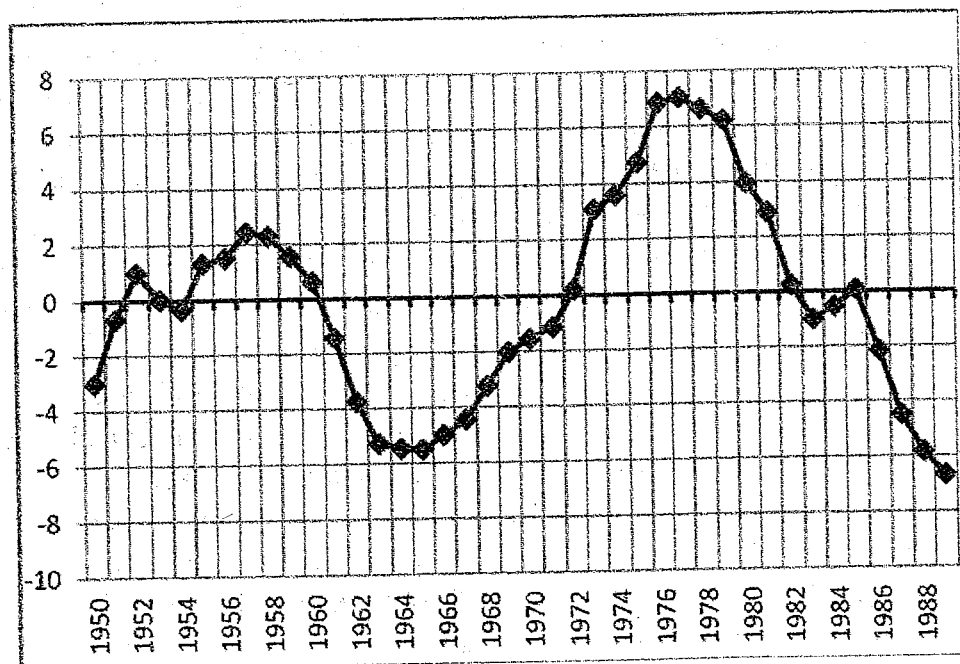
Die Transformationskrise der ostdeutschen Wirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre legte die sozioökonomische Rückständigkeit des zweiten deutschen Staates dann mit ganzer Wucht offen – der rasche Niedergang der ostdeutschen Industrie, wie er sich mit dem Wirksamwerden der Wirtschafts- und Sozialunion über mehrere Jahre hinweg vollzogen hat, war eine zwangsläufige Folge des nicht bewältigten Strukturwandels während der 1970er und 1980er Jahre: Industrielle Arbeitsplätze wurden in rasanter Schnelligkeit überall dort abgebaut, wo sie schon längst hätten abgebaut sein müssen. Betriebe wurden geschlossen, die angesichts ihres völlig überalterten Kapitalstocks unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht überlebensfähig waren. Schon 1980 betrug der Bestand an voll abgeschriebenen Grundmitteln knapp 40 Milliarden Mark [17], so dass der damit verbundene Reparaturaufwand Tausende von Arbeitskräften absorbierte, die wiederum für Installation und Auslastung von modernen Anlagen und Maschinen nicht ausreichend zur Verfügung standen. Bis 1989 hatte sich dieser Bestand an veralteten oder verschlissenen Ausrüstungen dann weiter erhöht, weil infolge der 1982 gestarteten Exportoffensive zum Abbau der politisch brisanten Nettohartgeldverschuldung, die sprunghaft auf 30,5 Milliarden Valutamark (VM) angestiegen war [18], die Investitionsentwicklung gedrosselt worden ist. Zur Illustration dieses Tatbestandes sei die chemische Industrie angeführt, in der durchschnittlich 50 % des vorhandenen Anlagevermögens 1990 verschlissen gewesen sein sollen [19], eine Entwicklung, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur während lang anhaltender Kriegszeiten anzutreffen ist. In anderen Bereichen soll der Verschleißgrad sogar bis zu 60 % betragen haben. Tatsächlich war die Akkumulationsquote, also der für Investitionen vorgesehene Anteil am National-einkommen, während der 1980er Jahre auf ein erschreckend niedriges Niveau gesunken, so dass die DDR während ihres letzten Jahrzehnts immer stärker von der Substanz gelebt hatte. Betrug die Akkumulationsrate in der Industrie 1970 – am Ende der Ulbricht-Ära – noch

16,1%, so 1988 nur noch 9,9 %. [20] Unter Berücksichtigung der in den 1980er Jahren erfolgten Preissteigerungen waren die realen Investitionen 1989 damit aber geringer als 1980. [21]

Angesichts eines derartigen Steuerungsdefizits der wirtschaftlichen Entwicklung überrascht es nicht, dass selbst die Produktionsbereiche, die zum Zwecke des Exports staatlich subventioniert wurden, eine immer geringere Exportrentabilität erwirtschafteten. Einstige Vorzeigekombinate, wie z.B. Robotron, 7. Oktober oder Leuna-Chemie, deren Außenwirtschaftsposition insbesondere zwischen 1985 und 1988 immer stärker verfiel, erzielten auf den Westmärkten für eine Ostmark Produktionsaufwand im Durchschnitt weniger als ein Drittel Erlös. [22] Doch damit nicht genug: selbst innerhalb der DDR, deren Volkswirtschaft ja weitgehend durch relative Abschottung vom internationalen Wettbewerb sowie durch Protektionismus gekennzeichnet war, hatte sich die ausbleibende Modernisierung der Produktionskapazitäten wachstumsrelevant niedergeschlagen: Konnte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf 1986 durch den Kraftakt des Planjahrfünfts 1981-1985 noch einmal eine Wachstumsrate von 2,2 % erreichen, so bewegte es sich nunmehr – nach dem Ölpreisverfall seit 1985 – durchschnittlich um 0 %. [23]

Ausdruck dieser Stagnation, die sich in den Trendabweichungen des BIP besonders markant zeigt (vgl. Abbildung 2), war eine Konservierung von Industriestrukturen [24], wie sie während des in der DDR politisch deformierten Nachkriegsbooms aus der Synthese von Schwerindustrialisierungsstrategie und versuchter Rückkehr auf den temporär verlassenen historischen Modernisierungspfad der sozioökonomischen Entwicklung im Rahmen des Reformprojekts "NÖSPL" bzw. "NÖS" entstanden waren.

**Abb. 2: Trendabweichungen des BIP pro Kopf der DDR 1950-1989 (in Prozent)**



Berechnet nach W. Merkel, S. Wahl: Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991, S.52f.

Das aber bedeutet nichts anderes, als dass Ostdeutschland am Ende der 1980er Jahre nach wie vor durch ein relatives Übergewicht an äußerst materialintensiver Grundstoffindustrie geprägt war, wohingegen die sogenannten Fortschrittszweige einen unterrepräsentierten Anteil an der Gesamtproduktion besaßen. So arbeiteten 1988 in der gesamten Grundstoffindustrie mit einem Beschäftigungsanteil von 25,4 % noch etwa genauso viele Menschen wie 1970 (25,9 %). Ähnlich verhielt es sich hinsichtlich der Verarbeitenden Industrie: Mit einem Anteil von etwa 74,6 % hat sich offensichtlich ihre volkswirtschaftliche Bedeutung im Vergleich zu 1970 (74,1 %) kaum verändert, obwohl gerade dieser Bereich eine Aufwertung hätte erfahren müssen. [25]

Dennoch gab es auch in der DDR einen Verdrängungsprozess der sogenannten traditionellen Industriezweige [26], wenngleich nur äußerst marginal. Während die Leichtindustrie mit 0,8 Prozentpunkten und die Textilindustrie mit 1,1 Prozentpunkten Beschäftigungsanteile verloren, hatten die Bereiche Elektrotechnik-Elektronik-Gerätebau mit 1,4 Prozentpunkten sowie Maschinen- und Fahrzeugbau mit 0,9 Prozentpunkten einen geringen Zuwachs zu verzeichnen. Neben diesem, dem internationalen Trend durchaus entsprechenden Wandel, vollzogen sich in der DDR allerdings auch Entwicklungen, die mit dem transnationalen Modernisierungsprozess West- und Mitteleuropas nicht korrespondierten. So erlebte zum einen der Energie- und Brennstoffbereich einen Beschäftigungszuwachs von 0,9 Prozentpunkten, so dass 1988 etwa 7,1 % aller Erwerbstätigen für die Erzeugung und Verteilung von Energie notwendig waren. Zum anderen aber hatte auch die Lebensmittelindustrie einen Zuwachs an Beschäftigten von 0,8 Prozentpunkten zu verzeichnen. Beide Entwicklungen waren auf die krisenhaften, durch die beiden Ölpreisschocks von 1973/79 akzelerierten "langen" 1970er Jahre zurückzuführen, auf die die DDR-Wirtschaftsführung einerseits mit einer Forcierung von bereits bei Machtantritt von Erich Honecker eingeleiteten (Re)Zentralisierungsprozessen reagierte, andererseits aber mit einer Neuausrichtung ihrer Energiepolitik.

Besonders folgenschwer war dabei die Mitte der 1970er Jahre einsetzende Reaktivierung der heimischen Primärenergieerzeugung, die unter den Bedingungen steigender Ölpreise und sinkender Exportrentabilität immer stärker intensiviert wurde. Betrug der Anteil des Eigenaufkommens bei Primärenergie 1980 bereits 70 %, so sah der 1986 auf dem XI. Parteitag beschlossene neue 5-Jahres-Plan eine Erhöhung auf 78 % bis 80 % für das Jahr 1990 vor. Problematisch an dieser Entwicklung – nicht zuletzt eine Folge der Kürzung sowjetischer Rohöllieferungen 1982 – war nicht nur, dass sie die unter Walter Ulbricht eingeleiteten modernisierungsadäquaten Importsubstitutionsprozesse rückgängig machte; problematisch war vor allem die Tatsache, dass trotz hoher Investitionsanteile die installierte Kraftwerksleistung erstmals seit 1986 nicht ausreichte, den Bedarf an Energie zu decken. [27] Hintergrund für dieses die gesamte Volkswirtschaft belastende Dilemma stellte der hohe Pro-Kopf-Verbrauch an Energie dar. Allen Intensivierungsbekundungen zum Trotz war die DDR unter den entwickelten Industrieländern Europas der Hauptenergieverschwender, weil ihre Zentralverwaltungsstrukturen eine Umsetzung der von der Forschung entwickelten Energieeinspartetechnologien in die Praxis zunehmend blockierten. Die einzige Chance, die sie für die Energiebedarfsdeckung besaß, bestand insofern in einer stärkeren Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Die politische Wiedervereinigung war damit auf wirtschaftlichem Gebiet in ersten Ansätzen bereits seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vorweggenommen worden. Nachdem

1988 etwa 4 Mrd. Mark an zusätzlichen, nicht bilanzierten Mitteln aufgewendet werden mussten, um die sich häufenden Energieprobleme zu lösen, aktivierte die Wirtschaftsführung Verhandlungen hinsichtlich eines deutsch-deutschen Stromverbundes, einschließlich von Berlin (West). Zugleich war die Wirtschaftsführung an einer stärkeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der energiesparenden Technologien, der Sicherheitstechnik von Kernkraftwerken sowie des Umweltschutzes interessiert – allein war sie nicht mehr in der Lage, eine ausreichende Energieversorgung zu gewährleisten. Die hierfür erforderlichen Investitionsaufwendungen bildeten denn auch spätestens seit Mitte der 1980er Jahre einen weiteren Bestimmungsfaktor dafür, dass sich die institutionell-politischen Modernisierungsblockaden des Zentralverwaltungssystems in ökonomische Abwärtsspiralen verwandelten. Wenn eine Volkswirtschaft die prinzipiell zur Verfügung stehenden Investitionsmittel einseitig in Industrie- bzw. Wirtschaftszweige lenken muss, die zur Aufrechterhaltung ihrer energetischen Grundstrukturen notwendig sind, dann ist eine weitere Modernisierungsdynamik als Voraussetzung sozioökonomischer Wandlungsprozesse nicht mehr möglich. Nach Angaben des amerikanischen Economic Survey of Europe von 1988 beanspruchte die DDR für ihre Energiewirtschaft 1985 bereits 32,6 % aller direkten und indirekten Industrieinvestitionen; der von ihr erwirtschaftete Beitrag zum industriellen Brutto-Produkt betrug jedoch lediglich 4,6 %. [28] Für die kommenden Jahre sah die zentrale Wirtschaftsplanung eine weitere Erhöhung der Investitionsanteile für die Energie- und Brennstoffindustrie – vor allem zur Förderung von Rohbraunkohle – vor, die damit zwangsläufig der Modernisierung anderer Industriezweige verlorengingen. [29]

Natürlich gab es Ausnahmen: So konnte z.B. die pharmazeutische Industrie oder die Buna-Plastindustrie seit Beginn der 1980er Jahre starke Wachstumsraten verzeichnen. Auch konnte die DDR auf Erfolge in der mikrobiologischen Eiweißproduktion verweisen. Und ebenfalls gehörte die Feinmechanische und Optische Industrie zu den Vorzeigebereichen der ostdeutschen Volkswirtschaft. [30] Doch war andererseits der gesamte metallverarbeitende Bereich, der während der 1950er Jahre im Rahmen der auf den sowjetischen Markt ausgerichteten Schwerindustrialisierung einen strukturellen Wandel zu materialintensiven, schwergewichtigen Ausrüstungen vollzogen hatte [31], auch noch während der 1980er Jahre nur unvollkommen auf die weltweiten Nachfrageveränderungen in Richtung eines programmgesteuerten Maschinenbaus vorbereitet. Besonders nachteilig erwies sich in diesem Zusammenhang der hohe Konzentrationsgrad der Industrie im Allgemeinen und bei der Erzeugung solcher Fertigwaren wie Getriebe, Armaturen oder Kupplungen im Besonderen. Dasselbe betraf diverse Zulieferbereiche, die nach der Kombinarsreform von 1978 alle von den sozialistischen "Multis" aufgesaugt worden sind. Entsprechend der für Zentralverwaltungssysteme typischen Fetichisierung von Organisationsformen hatte man geglaubt, die notwendigen Rationalisierungsprobleme auf diese Weise optimal steuern zu können. Flexibilität, d.h. schnelle Anpassung an die sich laufend verändernden Nachfragestrukturen und Innovationen, war dadurch aber – ganz im Gegenteil – blockiert worden. Selbst der Werkzeugmaschinenbau, der fast 40 Jahre lang zu den Vorzeigebereichen der DDR gehört hatte, konnte seit Mitte der 1980er Jahre seinen bisherigen Expansionstrend nicht weiter fortsetzen, und der Anteil des gesamten Maschinenbaus innerhalb des Investitionsgütergewerbes begann zu stagnieren. [32] Hauptursachen hierfür waren der "Rückstand in der Computertechnik sowie die hohen Herstellungskosten, die insbesondere die Entwicklung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen" nachteilig beeinflussten. [33]

Doch war nicht nur die Industrie durch Stagnationstendenzen geprägt; auch der Infrastrukturbereich entwickelte sich äußerst krisenhaft:

Zum einen schritt der bereits früh einsetzende Verschleißprozess im Verkehrswesen während der 1980er Jahre immer weiter voran; zum anderen aber – und hinsichtlich seiner negativen Rückkoppelungseffekte auf die gesamte Volkswirtschaft genauso fatal – hatte es innerhalb des Post- und Fernmeldewesens seit Existenz der DDR kaum Fortschritte gegeben. [34] So kam es im Verlaufe der DDR-Geschichte nur zu einer absolut marginalen Veränderung der bereits um 1900 entstandenen Eisenbahn- und Straßenverbindungen. Lediglich Berlin als Hauptstadt hatte durch den Bau des Berliner Außenringes eine Erweiterung erhalten, ebenso wie die Verbindung zwischen Berlin und dem Seehafen Rostock. Nach Angaben der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen befand sich der zwei- und mehrgleisige Ausbau, der etwa 30 % des gesamten Eisenbahnnetzes der DDR umfasste, 1990 auf dem Entwicklungsstand von 1942. [35] Die während der Demontagezeit nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Lücken sind demnach bis zum Ende der DDR nicht wieder geschlossen worden. Probleme gab es auch bei der Elektrifizierung des Streckennetzes. Obwohl es Anfang der 1980er Jahre ein neues verkehrspolitisches Konzept gab, um die in der Zwischenzeit aufgestauten Transportprobleme zu lösen, war der für die Erneuerung bzw. Modernisierung vorgesehene Anteil am Investitionsvolumen der Industrie aufgrund der extensiv betriebenen Energiewirtschaft viel zu gering. Zwischen 1980 und 1988 standen dem gesamten Verkehrssektor im Durchschnitt der Jahre nur ca. 15,7 Prozent zur Verfügung, damit aber weniger als im Jahre 1960. [36] Angesichts dieses geringen Investitionsanteils war es denn auch bis 1989 nicht möglich, mehr als ein Viertel des Eisenbahnnetzes zu elektrifizieren. Da die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichten, um darüber hinaus die notwendigen Reparatur- und Instandhaltungskosten zu finanzieren – sie umfassten aufgrund der z.T. bereits völlig abgeschriebenen Eisenbahnstrecken und Ausrüstungen 35 % der Transportselbstkosten –, war der Verkehrssektor auf Subventionen aus dem Staatshaushalt angewiesen. [37] Veralterte Rangierbahnhöfe, die noch teilweise aus der Eisenbahnindustrialisierung des 19. Jahrhunderts stammten sowie eine längst von der Zeit überholte Signal- und Sicherungstechnik, einschließlich eines nicht modernisierten Fahrzeugparks hatten dazu geführt, dass das Eisenbahnwesen den zu realisierenden Transportbedarf nicht mehr befriedigen konnte und sich schließlich zu einer "Wachstumsbremse" der gesamten ostdeutschen Volkswirtschaft entwickelte. [38]

Diese Aussage trifft in gleicher Weise für das Post- und Fernmeldewesen zu und insbesondere für die moderne Telekommunikation. "Mit insgesamt 1.761,4 Millionen Telefonhauptanschlüssen im Jahre 1988 rangiert(e) die DDR noch hinter Kolumbien und Norwegen und vor Portugal und dem Iran." [39] Das Entwicklungsgefälle zur Bundesrepublik war bereits seit Mitte der 1960er Jahre angewachsen; doch seit den 1980er Jahren hatte es dann – mit einem Rückstand von 10 bis 15 Jahren – gravierende Dimensionen angenommen, mit dem Resultat, dass nach der Wiedervereinigung etwa 11 Milliarden Mark Mindestaufwand notwendig waren, um die für eine moderne Volkswirtschaft dringend notwendige telekommunikative Infrastruktur zu schaffen. Auch in diesem Bereich hatte es sich gerächt, dass es in der DDR keine ökonomisch ausgewogene Investitionsverteilung gab, sondern eine nach politi-

schen Vorgaben jeweils zentralistisch angewiesene Schwerpunktförderung von sogenannten Schlüsselbranchen der Industrie.

Im Kontext internationaler Restrukturierungsherausforderungen und akzeleriert durch die Folgewirkungen der beiden Ölpreisschocks von 1973/79 entfalteten sich die Steuerungsdefizite des Zentralverwaltungssystems mit ganzer Wucht. Der während der 1970er und noch mehr während der 1980er Jahre auf diese Weise unbewältigte Strukturwandel mündete in eine gesamtwirtschaftliche Stagnation, die zunehmend politische Brisanz erhielt. Schon 1987 war führenden Parteifunktionären klar, dass die eingetretene ökonomische Destabilisierung von weitaus größerer Dimension war, als alle wirtschaftlichen Krisensituationen zuvor. "Jede Chance" – so Günter Mittag – "ist verspielt". [40]

Das Zentralverwaltungssystem besaß tatsächlich keine ökonomischen Handlungsspielräume mehr, was ihm blieb, das war der Ausbau eines innenpolitischen Repressionsapparates. Schon 1976 durch die Wahl Erich Mielkes als Vollmitglied in das Politbüro aufgewertet, schwoll das Staatssicherheitssystem seit den 1980er Jahren und vor allem seit 1986 zum Moloch heran. Während die Industrie immer geringere Investitionsanteile erhielt, wurde selbst noch 1988 der Etat für die Finanzierung der Armee, der Staatssicherheit und der Polizei um weitere 5,4 % aufgestockt. [41] Ziel war es, die sich formierende Opposition im Keime zu ersticken und die politische Macht mit allen Mitteln zu gewährleisten. [42] Damit aber hatte sich das SED-Regime nicht nur um die Möglichkeit gebracht, durch eine innergesellschaftliche Liberalisierung die für eine Konsolidierung der Wirtschaft notwendige Reform- und Innovationsbereitschaft zu erhöhen; der Ausbau des Repressionsapparates war zugleich ein untrügliches Zeichen dafür, dass das Zentralverwaltungssystem an seine institutionell-politischen Grenzen gestoßen war. Oder anders, in den Worten von Karl Marx formuliert: die (verkrusteten) Produktionsverhältnisse blockierten zunehmend die Entfaltung der Produktivkräfte; sie waren reif, gesprengt zu werden!

#### IV. Gesamtgesellschaftliche Krisensituation am Vorabend des Mauerfalls

Die sich während der 1980er Jahre manifestierende sozioökonomische Stagnationskonstellation als Ausdruck des nicht bewältigten Strukturwandels der ostdeutschen Volkswirtschaft sowie Resultat des Zusammenwirkens von *längerfristigen* institutionell-politischen Strukturdefekten des realexistierenden Sozialismus und seit den Ölpreisschocks akzelerierten *mittelfristigen* Destabilisierungsfaktoren des Wirtschaftswachstums bildete den Entscheidungs- und Handlungsrahmen, in dem sich unter dem Einfluss der eher *kurzfristigen* politischen Ereignisketten der Mauerfall vom 9. November 1989 vorbereitet hat. So vielfältig die Bestimmungskomponenten der damaligen Stagnationskonstellation im Einzelnen auch gewesen sein mögen; ihre jeweiligen – unintendierten – Eigendynamiken lassen sich letztlich in Form von *vier* markanten Krisenprozessen zusammenfassen [43]: *Erstens* war der "Vorherbst" durch eine umfassende *Innovationskrise* als Ausdruck einer "stillgelegten Kreativität" (Fred Klinger) geprägt [44]; *zweitens* durch eine die Lebensgrundlagen tangierende *Umweltkrise* als Ausdruck eines nicht bewältigten Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur [45]; *drittens* durch eine zur Zahlungsunfähigkeit führende *Finanzkrise* des Staates als Ausdruck

fehlender Produktivität der Volkswirtschaft [46] sowie *viertens* schließlich durch eine allumfassende politische und gesellschaftliche *Vertrauenskrise* als Ausdruck nicht mehr funktionierender Anpassungs- und Integrationsmechanismen des SED-Regimes. [47] Letztere zwei Krisenprozesse sollen abschließend etwas näher beleuchtet werden; an ihnen wird deutlich, dass das Öffnen der Mauer am 9. November 1989 ein Rettungsanker war, den das am 18. Oktober neu gewählte Politbüro unter Egon Krenz nach dem Sturz von Erich Honecker in letzter Sekunde ausgeworfen hatte.

Eine Schlüsselrolle für die Erklärung der immer stärkere Spuren hinterlassenden gesellschaftsübergreifenden *Vertrauenskrise* – um mit ihr zu beginnen – nimmt die in drei Schüben erfolgende *Ausreisebewegung* der 1980er Jahre ein. [48] Weil mit der Existenz der westdeutschen Marktgesellschaft stets ein komplettes ordnungspolitisches Gegenmodell vorhanden war, das im Unterschied zur Zentralverwaltungswirtschaft ein bedeutend höheres Wachstums- und Produktivitätsniveau besaß, musste der gesellschaftliche Steuerungsmechanismus des ostdeutschen Staates – ungeachtet innen- und außenpolitischer Zielrichtungen – stets auf die Hebung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung ausgerichtet sein. Immerhin begriff sich ein Großteil der DDR-Bevölkerung *immer* als Teil einer gesamtdeutschen Geschichte, wohingegen nur eine Minderheit aus den ideologisch überfrachteten sozialistischen Identitätskonstruktionen eines "ausbeutungsfreien" – besseren – Deutschlands innere Bindungskraft bezog.

Während andere zum Sowjetimperium gehörende osteuropäische Länder die systeminhärenten Demokratiedefizite und volkswirtschaftlichen Effizienzschwächen durch den Rückgriff auf nationale bzw. soziokulturelle Integrationsmechanismen in der einen oder anderen Weise kompensieren konnten, die jeweilige nationale Identität der Bevölkerung also stets eine alternative Rückzugsmöglichkeit bot [49], blieb den Strategen des politischen Machtapparates der DDR als innergesellschaftliches Integrations- und Stabilisierungsinstrumentarium tatsächlich nur der Versuch, durch eine permanente Erhöhung des Wirtschaftswachstums – mit Blick auf die bundesdeutsche Konsumgesellschaft – den Lebensstandard der Bevölkerung zumindest in dosierter Form zu erhöhen.

Wirtschaftswachstum entwickelte sich insofern auch in der DDR zur "Klammer der Nation" (Leo Brawand) [50], avancierte – spätestens seit den Reformjahren des Dezentralisierungsprogrammes "NÖSPL" – zu einem Leitmotiv gesellschaftsübergreifender Zukunftsvisionen. [51]

Immer dann allerdings, wenn dieser Stabilisierungsmechanismus versagte, die Konsumquote also nicht entsprechend propagierter Parteitageziele gesteigert werden konnte, entzog sich die DDR-Bevölkerung in Abhängigkeit der politischen Möglichkeiten durch *Abwanderung* in den Westteil Deutschlands. Dies vor allem deshalb, weil das SED-Regime die im Zeitablauf wechselnden ökonomischen Zwangslagen nicht nur über Planveränderungen, Produktivitäts- und Technologieoffensiven zu bewältigen bemüht war, sondern zugleich immer wieder verschiedene Formen von Repressivität und ideologischer Indoktrination zur Anwendung gelangten. So war es bei offenen Grenzen im Zuge der Schwerindustrialisierung während der 1950er Jahre, so verhielt es sich – wenngleich nach dem "Lernschock" des 17. Juni

1953 (Martin Jänicke) in modifizierter Form – bei geschlossenen Grenzen seit 1961. Einschlägige Untersuchungen belegen, dass der vor dem Hintergrund der "Junikrise" 1953 entstandene und immerhin bis in die 1970er Jahre hinein relativ effizient wirkende – durchaus Entwicklung stabilisierende – ambivalente gesellschaftliche Steuerungsmechanismus von dosierter Konsumerhöhung, Konzessionsbereitschaft und Repression [52] nicht mehr funktionierte: Mit Beginn der 1980er Jahre schwillt die während der Reformperiode des "NÖSPL" und der Anfangsphase der Honecker-Ära deutlich rückläufige Migrationsbewegung von Ost nach West wieder an, um seit 1985 in einen neuerlichen Massenexodus zu münden. Dies war der Zeitraum, in dem einerseits die durch die Ölpreisschocks von 1973/79 akzelerierte ökonomische Destabilisierung rasant voranschritt, in dem andererseits infolge der Abschottung vor den sowjetischen Reformexperimenten die Hoffnung auf eine auch in der DDR mögliche Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft endgültig zerstört war. Nachdem bereits 1984 – unmittelbar in Reaktion auf die zu Lasten der Bevölkerung erfolgende Exportoffensive der Wirtschaftsführung zum Abbau eines bedrohlichen Zahlungsbilanzdefizits zu Beginn der 1980er Jahre – mit knapp 41.000 Übersiedlern ein erstes Rekordhoch erreicht war, wurde 1988 ein zweites Ausreisehoch überschritten, um dann 1989 auf eine Zahl von 343.854 dramatisch anzusteigen: eine solche Abwanderungsintensität hatte es seit Gründung der DDR nicht mehr gegeben! Sie war Ausdruck dafür, dass die DDR ihre politischen und sozioökonomischen Legitimationsgrundlagen endgültig verloren hatte.

Die permanente, nach dem Fall der Mauer täglich sich fortsetzende Abwanderung der Bevölkerung in die Bundesrepublik besaß nicht nur eine die Zurückbleibenden psychisch zersetzende Wirkung; sie verursachte aufgrund der demographisch bedingten Knappheit an Arbeitskräften gleichzeitig kaum noch steuerbare ökonomische Probleme. Fast die Hälfte der Übersiedler und Flüchtlinge war jünger als 25 Jahre alt; nur drei Prozent aber 65 Jahre und älter. [53] Besonders problematisch war vor allem die Tatsache, dass nunmehr vor allem Facharbeiter das Land verließen, wohingegen während der 1970er und frühen 1980er Jahre – nach der Ausweisung von Wolf Biermann 1976 – eher Akademiker und Intellektuelle bzw. Angehörige des Mittelstandes zu den Ausreisegruppen zählten. Dadurch wurde nicht nur die Kontinuität des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses massiv gestört; dadurch war der Parteiführung zugleich unmissverständlich klar gemacht worden, dass das Honecker'sche Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gescheitert war: Trotz überdurchschnittlicher sozialpolitischer Unterstützungen und anderer materieller Zuwendungen hatte sich gerade die junge Facharbeitergeneration am vehementesten von den Zielen des realexistierenden Sozialismus verabschiedet. [54] Weder war sie daran interessiert, im Rahmen von Bürgergruppen einen neuen, demokratischen Sozialismus zu versuchen, noch war sie gewillt, auf die „Wohlstandsgaben des Westens" zu verzichten. Will man demzufolge die von der sozialwissenschaftlichen Forschung schon früh diskutierte Frage beantworten, ob der Zusammenbruch des SED-Regimes entweder durch EXIT oder durch VOICE [55], also durch Massenflucht oder durch Massenprotest herbeigeführt worden war, so dürfte angesichts derartiger, in die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte eingebetteter Abwanderungsprozesse, einschließlich ihrer gesellschaftlichen Folgewirkungen, die Antwort eindeutig sein: Mit dem Soziologen Wolfgang Zapf halte ich die sich verstärkende Abwanderung, ermöglicht durch das Helsinki-Abkommen von 1976 einerseits, durch die Reformpolitik Gorbatschows andererseits, für einen entscheidenden, ja sogar für *den* Hauptfaktor des politischen Endes der DDR. [56] Die



Protestaktionen der Bürgerinitiativen hatten erst in dem Moment an Bedeutung zugenommen, als der Auflösungsprozess der DDR schon längst im Gange war! Allerdings wurde er durch die Oppositionsbewegung seit dem Frühherbst 1989 – in der jetzt stattfindenden engen Verschmelzung mit der Abwanderung – wesentlich akzeleriert [57], weshalb ihr eine bedeutsame zusätzliche Rolle zugewiesen werden muss. Da die Abwanderung wiederum das Resultat institutionell-politischer Modernisierungsblockaden der gesellschaftlichen Entwicklung war, muss die letzte Ursache für das Scheitern des zweiten deutschen Staates in den ordnungspolitischen Grundstrukturen des realexistierenden Sozialismus gesehen werden: aufgrund seines strukturellen Informations- und Demokratiedefizits blockierten sie die für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung erforderliche Evolutionsdynamik, verhinderten sie die immer wieder aufs Neue notwendige kreative und flexible Anpassung an sich verändernde globale und innergesellschaftliche Datenkonstellationen und führten sie ein Modernisierung erst vorantreibendes – zukunfts-offenes – "Krisenlernen" [58] schließlich ad absurdum.

Von besonderer Steuerungsrelevanz erwies sich in diesem Zusammenhang die immer brisanter werdende und die politischen Eliten zum Handlungsaktionismus zwingende *Staatsverschuldung* der DDR.

Die Finanz- und Staatskrise der DDR, die sich am Ende der 1980er Jahre immer weiter zuspitzte und aufgrund ihrer Dramatik selbst das Ministerium für Staatssicherheit zunehmend beunruhigte [59], war durch zwei Komponenten bestimmt: zum einen durch ein kreditiertes *Haushaltsdefizit* und zum anderen durch ein neuerliches *Zahlungsbilanzdefizit*. [60]

Zum ersten Aspekt: Entgegen der von der Zentralverwaltung für Statistik alljährlich veröffentlichten Ergebnisse des Staatshaushalts, die regelmäßig einen Überschuss auswiesen, waren die Staatsausgaben der DDR während der 1980er Jahre nicht mehr durch Einnahmen gedeckt gewesen. Die interne Staatsverschuldung war entsprechend eines geheimen Analyse-papiers vom 30. Oktober 1989, das zur Vorbereitung der 10. ZK-Tagung der SED von Gerhard Schürer, dem Chef der Staatlichen Planungskommission, gemeinsam mit Alexander Schalck-Golodkowski, dem damaligen Finanzminister Ernst Höfner und einigen Anderen ausgearbeitet worden war, von 12 Milliarden Mark im Jahre 1970 auf 123 Milliarden Mark im Jahre 1988 angestiegen! Hintergrund dieser Staatsverschuldung bildete vor allem die nicht produktivitätsgedeckte Sozialpolitik Honeckers, aber ebenso die staatlich unterstützten Milliardenprogramme zur Förderung des Wohnungsbaus sowie der Mikroelektronik. Wurden für den Einsatz und den Export mikroelektronischer Erzeugnisse bereits pro Jahr etwa 3 Milliarden Mark Stützungsgelder ausgegeben – die Mikroelektronik wurde selbst von Politbüromitgliedern als "Milliardengrab" bezeichnet [61] –, so verschlang das Wohnungsbauprogramm ein Vielfaches. Erich Honecker war 1971 mit dem Versprechen angetreten, bis zum Jahre 1990 das unter seinem Vorgänger vernachlässigte Wohnungsbauproblem zu lösen. Das Finanzvolumen für den Wohnungsbau hatte sich innerhalb der 1980er Jahre vervierfacht, obwohl die Investitionsentwicklung in der Industrie stagnierte. [62] Zwar konnte 1989 die Kreditfinanzierung von 29 % auf 25 % (von 1980) gedrückt werden, doch war sie angesichts der allgemeinen Destabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung immer noch unangemessen hoch.

Einen noch größeren Anteil innerhalb des Staatshaushaltes nahmen aber die Preisstützungen für Lebensmittel und Dienstleistungen ein [63], um die Bevölkerung materiell an das System zu binden und einen Anstieg von Unzufriedenheit zu verhindern. Auf gar keinen Fall sollten die in der Zwischenzeit gestiegenen Produktionskosten auf die Verbraucherpreise abgewälzt werden – die Subventionspolitik diene insofern nicht zuletzt einer Kaschierung der sich ausbreitenden ökonomischen Stagnationstendenzen. Dabei ist es interessant, dass das Preissubventionsvolumen insbesondere zwischen 1984 und 1986 angestiegen war (von 31,83 Millionen auf 47,88 Millionen Mark). Ein letztes Mal wurde das sich während der 1950er Jahre herausgebildete Stabilisierungsinstrumentarium zur Beruhigung der Bevölkerung demonstrativ angewandt – die mit dem Mitte der 1980er Jahre auf den Weltmärkten sinkenden Ölpreis einhergehenden veränderten *terms of trade* und daraus für die ostdeutsche Wirtschaft entstehenden ökonomischen Belastungen sollten sozialpsychologisch im Sinne einer innenpolitischen Stabilisierung abgefangen werden. Die bereits thematisierte Abwanderungsbewegung, die sich seit Mitte der 1980er Jahre intensiviert, ist jedoch ein Beleg dafür, dass dieser Steuerungsmechanismus nicht mehr funktionierte. Insgesamt stieg die Subventionssumme zwischen 1971 und 1988 von 26,3 Milliarden auf 110,7 Milliarden Mark an; das aber entsprach einem Anstieg des prozentualen Anteils am Staatshaushalt von 33,2 % auf 41,1 %.

[64] Dadurch erhöhte sich zwar das der Bevölkerung zur Verfügung stehende Pro-Kopf-Einkommen um 10 %; doch bewirkte der "Konsumsozialismus" (Hertle) eine Vergrößerung des Ungleichgewichts zwischen produziertem und verbrauchtem Nationaleinkommen, damit aber letztlich ein weiteres Ansteigen des Haushaltsdefizits.

Ließ sich die binnenwirtschaftliche Krisensituation mit Hilfe der Notenpresse noch irgendwie regulieren [65], so war dies außenwirtschaftlich unmöglich. Das *Zahlungsbilanzdefizit* – die zweite Komponente der Finanzkrise – war es denn auch, die aus der ökonomischen Stagnation der 1980er Jahre eine politische Staatskrise hat werden lassen. [66] Infolge der technologischen Lücke zwischen der DDR und den Westländern war es zu einer permanenten Verschlechterung der Exportrentabilität der ostdeutschen Industrieproduktion gekommen. Die Nettodevisenverschuldung, die bei gleichzeitiger Reduzierung von Westimporten durch die Exportoffensive des Planjahrfünfts 1981-1985 auf die Hälfte reduziert werden konnte, schnellte seit 1985/86 – dem Zeitpunkt des Weltmarktpreisverfalls bei Rohstoffen – ruckartig wieder hoch, um 1989 einen Umfang von ca. 20 Mrd. VM zu erreichen. Damit aber drohte der DDR abermals – wie schon 1981/82 – die Zahlungsunfähigkeit. Nur eine Verdoppelung der Westexporte hätte das Desaster abwenden können. Schon 1987 war jedoch klar, dass die Leistungsfähigkeit der Exportwirtschaft nicht ausreichte, um die notwendigen, einen Staatsbankrott verhindernden Handelsüberschüsse zu erzielen. Dies war denn auch der Zeitpunkt, von dem an der Gedanke einer Konföderation mit der Bundesrepublik innerhalb der ostdeutschen Wirtschaftsführung immer klarere Konturen annahm. Alexander Schalck-Golodkowski war deshalb mit Wolfgang Schäuble und Wolfgang Seiters 1988 in diesbezügliche erste Sondierungsverhandlungen getreten. Vor allem aber ging es um das Ausloten von neuen Kreditmöglichkeiten; mit allen Mitteln wollte man verhindern, dass in der DDR eine Art "rumänischer Lösung" (G. Schürer) für den Abbau der Nettoverschuldung zur Anwendung gelangen könnte. Ceausescu, der rumänische Parteichef, hatte Anfang der 1980er Jahre mit dem Internationalen Währungsfonds eine absolute und tiefgehende Konsumreduzierung der Bevölkerung vereinbart, um auf diese Weise die nötigen Mittel für die Schuldentilgung aufzubringen.

Wenn es nicht gelang, andere Wege zur Überwindung der Zahlungsbilanzkrise zu finden, dann hätte der DDR tatsächlich eine ähnliche Entwicklung gedroht. Nach Berechnungen der Staatlichen Plankommission und der Zentralverwaltung für Statistik, die die Grundlage für das bereits erwähnte geheime Politbüro-Papier vom Oktober 1989 bildeten, konnte die Devissennettoverschuldung nur abgebaut werden, wenn "1990 ein Inlandsprodukt von 30 Milliarden Mark" hierfür aufgewendet worden wäre. Diese Summe entsprach aber dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von drei Jahren und hätte eine Konsumreduzierung von 25 bis 30 % erfordert. [67]

Angesichts eines derartigen Szenarios erblickten die Finanzexperten des Politbüros, unterstützt von reformwilligen Regierungsverantwortlichen der neuen Parteiführung, in der Neuorientierung der Deutschlandpolitik die einzige Rettung. Für eine Unterstützung der ökonomischen Konsolidierung der ostdeutschen Volkswirtschaft war man nunmehr sogar zu politischen Zugeständnissen an die Bundesregierung bereit, die noch 1981/82 utopisch erschienen wären. So enthielt das dem Politbüro vorgelegte geheime Strategiepapier zur "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen" das Angebot an die Bundesregierung, für die Gewährung von 8-10 Milliarden VM bundesdeutscher Kredite "die Mauer noch vor Beginn des Jahres 2000 überflüssig" zu machen. [68] Damit aber war die Mauer, an der so viele Menschen aus ideologisch-politischen Machtgründen ihr Leben lassen mussten – die ein ganzes Volk mitten im 20. Jahrhundert eingesperrt hat – angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage zu einem profanen Tauschobjekt herabdegradiert.

Die Idee, "die Mauer zur Disposition zu stellen", wie Gerhard Schürer später salopp das damalige Angebot auf den Punkt gebracht hat [69], war der Parteiführung aber offensichtlich zu spät gereift. Nur neun Tage nach der wirtschaftlichen Krisenmanagement-Tagung des Zentralkomitees war das Strategiepapier in Makulatur verwandelt: Ohne noch von irgendeinem politischen Verhandlungswert zu sein, war die Mauer durch die Dynamik der politischen Ereignisse am 9. November 1989 geöffnet worden: Die deutsch-deutsche Vereinigung – längst schon als ökonomische Notwendigkeit vorweggenommen – konnte damit nach den Vorstellungen der Bundesregierung ausgestaltet werden!

Unter ökonomischem Aspekt – so lässt sich *abschließend* feststellen – bildete der Mauerfall vom 9. November 1989 *einerseits* einen *Katalysator* notwendiger ordnungspolitischer Transformationsprozesse. *Andererseits* aber *akzelerierte* der Mauerfall all jene sozio-ökonomischen Strukturumwandlungen, die sich bereits seit den 1970er Jahren als Herausforderung der ostdeutschen Volkswirtschaft entwickelt hatten – der rasche Niedergang der Industrie, wie er sich seit dem Inkrafttreten der Wirtschafts- und Sozialunion für mehrere Jahre vollzog und im Sinne von Joseph A. Schumpeter als "schöpferische Zerstörung" charakterisiert werden kann, war eine zwangsläufige Folge des nicht bewältigten Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.

Komplizierte und komplexe Ausdifferenzierungsprozesse einer modernen Gesellschaft mit Hilfe eines Zentralverwaltungssystems steuern zu wollen, diese Vision hat sich offensichtlich als fataler Irrtum erwiesen.

### Anmerkungen

- [1] Zit. nach W. Venohr, Die Roten Preußen. Aufstieg und Fall der DDR, Frankfurt a.M. 1992, S. 319.
- [2] In einem (Wachstumsraten) Vergleich zur BRD stellte 1976 Knut Borchardt fest, dass es in der sozioökonomischen Entwicklung beider deutscher Teilstaaten "mehr Gemeinsamkeiten" gegeben hätte, als man sie in Abhängigkeit der ordnungspolitischen Unterschiede vermuten würde. Vgl. K. Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1914-1970, in: H. Aubin/W. Zorn (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 725f.
- [3] Vgl. zu Westeuropa H. Kaelble (Hg.), Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik und in Europa, Opladen 1992. Vgl. zum Vergleich zwischen DDR und Bundesrepublik M. Grabas, Der Nachkriegsboom der 1950er und 1960er Jahre in Mittel- und Westeuropa – Modellcharakter für eine gesamteuropäische Prosperität im "postsocialist century"?, in: IWWWW – Berichte 148 (2004), S. 8-27.
- [4] Vgl. zu den sich verändernden Stabilitätsbedingungen der ostdeutschen Wirtschaftsgeschichte M. Grabas, Der wechselvolle Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR – Zusammenspiel von akkumuliertem Innovationspotential und institutionellen Diffusionsblockaden, in: JWG 1995/2, S. 149-162.
- [5] Vgl. R. Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Opladen 1992, S. 117.
- [6] Berechnet nach D. Cornelsen, Die Wirtschaft der DDR 1990, in: FS-Analysen 2, 1991, S. 73. Ansonsten zum Transformationsschock der ostdeutschen Volkswirtschaft G. u. H.-W. Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1992, S. 30ff.
- [7] Berechnet nach D. Cornelsen, Die Wirtschaft der DDR, S. 72. Abweichende Berechnungen bei W. Merkel / St. Wahl, Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991, S. 73: Erwerbstätige 1989: 8,8 Mio.; Erwerbsquote 1989: 80,2%. Die Verfasserinnen stützen sich auf die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der DDR.
- [8] R. Frisch, Propagation Problems and Impulse Problems in Dynamic Economics, in: Economic Essays in Honour of Gustav Castel, London 1933, S. 171ff.
- [9] Vgl. stellvertretend H.-H. Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 2006; I.-S. Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009 sowie H. Weber, DDR. Grundriss der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991, S. 211ff.
- [10] Vgl. A. O. Hirschman, Exit, Voice, and Loyalty, Cambridge MA 1970 sowie Ders., Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 20, H. 3/1992, S. 330-358.
- [11] Stellvertretend M. Gehler, Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa. Ursachen – Verlauf – Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/42 (2004), S. 36-46 sowie L. Kühnhardt, Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1995.
- [12] Vgl. H.-H. Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR, in: DA 42 (2009) 3, S. 476-495, hier v.a. S. 486.
- [13] Vgl. hierzu ausführlich R. Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, S. 116ff.
- [14] Vgl. M. Grabas, Der Nachkriegsboom der 1950er und 1960er Jahre, S. 13ff.
- [15] Vgl. stellvertretend zu den damaligen Herausforderungen des Strukturwandels für beide deutsche Staaten: A. Steiner, Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er Jahren, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3 (2006), H. 3.

- [16] Vgl. R. Geißler, Sozialstruktur, S. 117. Abweichend Steiner, Bundesrepublik und DDR, S. 4. In Anlehnung an Annegret Groebel hätte sich demnach die Struktur der DDR-Volkswirtschaft 1989 auf einem Niveau befunden, das jenem der BRD 1981 glich.
- [17] Vgl. P. Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag, Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 195.
- [18] Hintergrund bildete die Erhöhung des Dollarkurses von 1,80 auf 2,40 VM, die zum 1.2.1982 wirksam wurde. Vgl. H.-H. Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 481.
- [19] Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 40 v. 28.9.1990, S. 42.
- [20] Vgl. H.-H. Hertle, Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: DA 25 (1992) 10, S. 1019-1030.
- [21] Vgl. H. u. S. Maier, Vom innerdeutschen Handel zur deutsch-deutschen Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft, Köln 1990, S. 80.
- [22] R. Schwärzel, Zum ökonomischen Vorfeld der Herbstereignisse 1989 in der DDR – Zur wirtschaftlichen Entwicklung der 70er und 80er Jahre, in: Deutsche Studien, Vierteljahrshefte 1990, S. 393.
- [23] Berechnet nach Merkel/Wahl, Das geplünderte Deutschland, S. 54.
- [24] Ähnlich L. Baar / U. Müller / F. Zschaler, Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen, Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989, in: JWG 1995/II, S. 47-74, S. 55.
- [25] Vgl. zum Folgenden die jeweiligen Angaben in: FS-Analysen, Tab. 8, 1/91, S. 97.
- [26] Vgl. ebenda.
- [27] Vgl. H. u. S. Maier, Vom innerdeutschen Handel, 1990, S. 81.
- [28] Vgl. ebenda.
- [29] Vgl. Baar / Müller / Zschaler, Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen, S. 50.
- [30] Vgl. R. Schneider / J. F. Tismer, Die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsintegration, FS-Analysen 1/91, S. 18.
- [31] Vgl. R. Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993.
- [32] Vgl. B. Görzig, Produktionsfaktoren in Ostdeutschland, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, 1992, Heft 135, S. 65.
- [33] Vgl. Schneider / Tismer, Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur, FS-Analysen 1/91, S. 24.
- [34] Vgl. Baar, Müller, Zschaler, Strukturveränderungen, S. 51ff.
- [35] Vgl. Schneider / Tismer, Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur, FS-Analysen 1/91, S. 33.
- [36] Vgl. R. Schneider, Aufwand und Ergebnisse der Verkehrspolitik in der DDR, in: FS-Analysen 2/1990, S. 95-138, S. 105.
- [37] Vgl. ebenda, S. 121 f.
- [38] Vgl. ebenda, S. 103 f.
- [39] K. Krakat, Mikroelektronik in der DDR unter wirtschaftlichen Aspekten, in: FS-Analysen 2/1990, S. 51-94, S. 68.
- [40] Zit. nach W. Weber, DDR – 40 Jahre Stalinismus, Essen 1993, S. 112.
- [41] Vgl. P. Przybylski, Tatort Politbüro, S. 71.
- [42] Vgl. zu den Auswüchsen der Überwachung von Oppositionellen ganz aktuell I.-S. Kowalczuk/A. Polzin (Hg.), Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit, Göttingen 2014.
- [43] Vgl. M. Grabas, Der wechselvolle Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 160f.
- [44] Stellvertretend F. Klinger, Die Krise des Fortschritts in der DDR: Innovationsprobleme und Mikroelektronik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 37, 1987/3, S. 3-19 sowie U. Wagner, Innova-

- tionsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR, in: G. Gutmann (Hg.), Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Stuttgart, New York 1983, S. 311-329.
- [45] Diese Aussage trifft insbesondere für die Honecker-Ära zu. Vgl. ganz aktuell Th. Huff, Über die Umweltpolitik der DDR. Konzepte, Strukturen, Versagen, in: Geschichte und Gesellschaft 40, 2014, S. 523-554. Ansonsten zur Zerstörung der Umwelt vgl. P. Wiensierski, Ökologische Probleme und Kritik an der Industriegesellschaft in der DDR heute, Köln 1988, W. Grunby, Eine Bestandsaufnahme der DDR-Umweltprobleme, in: DA 22, 1989/1; E. Kuhrt (Hg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999 sowie J. Roesler, Die ökologische Katastrophe, in: F.-J. Schlichting (Hg.), Der Anfang vom Ende 1989: Schlussbilanz der DDR-Diktatur, Weimar 2009, S. 65-77.
- [46] Vgl. u.a. Hertle, Staatsbankrott, S. 1019-1030 sowie H. E. Haase, Finanzpolitik vor der Öffnung, in: FS-Analysen 2, 1990, S. 25-38.
- [47] Vgl. stellvertretend H. Zwahr, Am Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993.
- [48] Vgl. hierzu die empirischen Befunde von H. Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen. Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: DA 24, 1991/9, S. 390ff.
- [49] Vgl. hierzu auch A. O. Hirschman, Abwanderung, Widerspruch, S. 335.
- [50] Zitiert nach K. Megerle, Die Radikalisierung blieb aus, in: Kaelble (Hg.), Der Boom, S. 107-126, S. 117.
- [51] Vgl. zum Reformprojekt "NÖSPL" A. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999 und zu den gesellschaftlichen Auswirkungen M. Grabas, Die DDR zwischen Emanzipation und Systemzwang. Die ambivalente Modernisierung der 1960er Jahre, in: W. Fischer (Hg.), Wirtschaft im Umbruch: Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1997, S. 335-357.
- [52] Vgl. M. Grabas, 17 Juni 1953 – The East German worker's uprising as a catalyst for a socialist economic order, in: VSWG 2/2015 (im Druck).
- [53] Vgl. H. Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen, S. 394.
- [54] Vgl. G.-J. Glaebner, Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989 sowie Ders. (Hg.), Die DDR in der Ära Honecker. Vgl. ansonsten J. Frerich/M. Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der DDR, München 1993.
- [55] Schon 1970 hatte A. O. Hirschman diese Begriffe zur Deutung bestimmter sozialer Ereignisse vorgeschlagen, in: Ders., Exit, Voice and Loyalty.
- [56] W. Zapf, Die DDR 1989/1990 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur?, in: H. Joas / M. Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt 1993, S. 33.
- [57] Ähnlich A. O. Hirschman, Abwanderung, Widerspruch, S. 354ff.
- [58] Vgl. zur evolutionären Bedeutung von "Krisenlernen" in der Geschichte M. Grabas, Wirtschaftskrisen in soziokultureller Perspektive. Plädoyer für eine kulturalistisch erweiterte Konjunktur(geschichts)forschung, in: Geschichte und Gesellschaft. Sonderhefte, Heft 24: Kulturen der Weltwirtschaft, hrsg. v. Abelshäuser, W. / Gilgen, D. / Leutzsch, A., Göttingen 2012, S. 261-283.
- [59] Vgl. zu den Einzelheiten ausführlich Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 481ff.
- [60] Vgl. A. Steiner, Die DDR-Ökonomie vor und nach dem Fall der Mauer, in: A. H. Apelt (Hg.), Der Weg zur Deutschen Einheit: Mythen und Legenden, Berlin 2010, S. 59-70, hier v. a. S. 61ff.
- [61] Vgl. P. Przybylski, Törtört Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag, Schalck-Golodkowski, Berlin 1992.
- [62] Vgl. Haushaltsrechnung, ND v. 1.7.1988, S. 3. Vgl. des weiteren H. Pohl, Diskussionsbeitrag, in: FS-Analysen 2/1990, S. 39-50, hier S. 44.

- [63] Vgl. Haushaltsrechnung, ND v. 16.12.1988, S. 4. Vgl. des weiteren H. Vortmann, DDR: Verteilungswirkungen von Verbraucherpreissubventionen und indirekten Steuern, in FS-Analysen 3/1990, S. 29-50.
- [64] Berechnet nach Statistischem Jahrbuch der DDR 1989. Vgl. ansonsten H. u. S. Maier, Vom innerdeutschen Handel, S. 100ff. sowie Baar, Müller, Zschaler, Strukturveränderungen, S. 63ff.
- [65] Erste Schätzungen nach Mauereröffnung gingen von über 12 % Inflationsrate aus, vgl. H. E. Haase, Finanzpolitik, in: FS-Analysen 2/1990, S. 31.
- [66] Vgl. hierzu ausführlich J. Roesler, Der Einfluss der Außenwirtschaft auf die Beziehungen DDR-BRD während der 1980er Jahre, in: DA 26 (1993), S. 558-572.
- [67] Vgl. Hertle, Staatsbankrott, 1992, S. 1023.
- [68] Zit. nach Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen, S. 484.
- [69] Vgl. G. Schürer, Gewagt und verloren, Frankfurt/O. 1996.